

Seefe Violetta's war nicht entledigt, wie die des von St. Anna. Dieser lippen den Klang seines und wohl ein dazwischen gar Worte zu verstehen, war. Zweimal lächelte er Violetta hörte auf zu mit Innigkeit erteilt.

Hi beendete war, trat der Hand zündete er die anderen Vorbereitungen ar Don Camilla an der er mit der Blut eines rie des Trostes zu. Die und horchte, ob sich keine leben. Dann trat der Kapelle vor und wollte Donna Fiorinda seine te grade noch seine es überbergen, als die Lir

Person meiner Herrin ist für mich, ihr bei Ge- ften. Er blickte un- und war im Begriffe, einen es los zu werden, als Don t, sagte er, sie ist nur

berührte er bedeutungs- dem Finger und warf men Bild, der die Aus- te, wie kam hemnte. Der stummen Vertrages zu gan er jetzt die hi. Wesse, die edle nachdruckvolle fenbare Gelacht der Ent- nedst der Gewißheit der auskam, reate sehr tiefer ch bei einer Vermählungs- (Fortsetzung folgt).

26. Jan. 1925. !

2. unfer teurer, Holz

imgegangen. Katharine Dolz Kupferer, mit Gatten tfelden, mit Gatten Nagold, 2 Uhr.

morgen 231 Pfleisch Kauf, Metzgerei. Rinder, Pferde, Schafe u. Geflügel schützt vor Knochenweicht, Krankheit und erhöht die

Erscheint an jedem Werk- tag. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.

Bezugpreis im Januar M 550.— durch die Post mit Be- stellgeld M 550.— Einzelnummer M 25.—

Anzeigen-Gebühr für die einpaltige Zeile aus ge- wöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung M 40.— bei mehrmaliger Abtatt nach Tarif. Bei gerichtl. Betreibung u. Konkursen ist der Abtatt fünfzig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gez. Nr. 1828

Veröffentlichung, Straß. am Berlag von H. D. Sallier (Herr Sallier), Nagold.

Verleger Nr. 28.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — An- zeigen sind daher von bestem Erfolg.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. Postfachkonto: Stuttgart 8118.

Nr. 22

Samstag, den 27. Januar 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

In Düsseldorf kam es im Anschluß an den weislichen Proteststreik der Reichs-, Staats- und städtischen Beamten gegen die Beamtenverhältnisse zu gewaltigen Kundgebungen. Französische Infanterie und Kavallerie suchten in den späten Abendstunden die Massen vergebens auseinander zu treiben. Die Truppen gingen mit blanker Waffe vor und gaben Schüsse ab.

In Trier fanden große vaterländische Kundgebungen statt. Lieber Trier ist der Ausnahmezustand verhängt worden.

Durch den Ausfall im Schleppamt und Schleifenbetrieb des Rhein-Herneckkanals ist der gesamte Schiffsverkehr auf den nordwestdeutschen Wasserstraßen lahmgelegt.

Poincaré teilte in der Senatskommission mit, daß die Kosten der Ruhrbesetzung für die Monate Januar und Februar sich auf ungefähr 45 Millionen Franken belaufen.

Wochenrundschau

So um die Mitte des vorigen Jahrhunderts herum verfiel der Berliner „Kadaverdatsch“ über politisch-satirische Zeichner, die man wahre Genies nennen kann. Mit wenigen Strichen entwarfen sie Charakterbilder der führenden Männer, Darstellungen der politischen Lage im großen und kleinen, so klar, so eindringlich, wie es die längsten Abhandlungen nicht fertig bringen konnten.

Was sich da unten im Ruhrgebiet zurzeit abspielt, das auch nur in annähernd übersichtlicher Weise zu schildern, ist schier unmöglich. Jeder der vielen Orte ist sozusagen eine Gefechtslinie für sich. Der sinnlose, brutale Mißbrauch einer durch fremde Hilfe und abgrundtiefe deutsche Dummheit un- verdient erlangten Machtstellung der französischen Barbaren, der trotzig Widerstand des in seinen heiligsten Gefühlen verletzten, mit Zähneknirschen aus traumhafter Selbsttäuschung erwarteten deutschen Volks — diese beiden stehen in einem Kampf um Leben und Tod, moralisch, politisch und wirtschaftlich gesprochen.

Aber, wird man fragen, der Vertrag von Versailles ist doch, abgesehen von Deutschland, von 27 Staaten unterschrieben worden, — wo sind denn die fünfundzwanzig? Die Herrschaften von Liberia, Siam, Haiti, Monte-Carlo usw. können bleiben, wo sie wollen. Aber England, Amerika, am Ende noch Italien, — sind sie nicht durch ihre Unterschrift für

die Einhaltung des Vertrags durch alle Siebenundzwanzig verantwortlich? Gewiß sind sie das. Aber wie kommt es, daß diese Großmächte sich um den Tisch herumdrücken und in „wohlwollender Neutralität“ zusehen, wie Frankreich dem Deutschen Reich „friedlich“ den Hals abzudrehen sucht? In England weiß man wohl, um was es bei der sich immer weiter ausdehnenden Abhängigkeit des Ruhrgebiets vom Deutschen Reich geht. Die sogenannte öffentliche Meinung wehrt gelegentlich gegen den französischen Vertragsbruch, der sich in letzter Linie ja doch auch gegen England kehren muß; Lloyd George wird nicht müde, in deutschen und anderen Zeitungen Poincarés hinterlistiges Werk anzufügen, an dem er selbst reichlich mitschuldige ist; die englischen Arbeiterführer verdammen da und dort die übermäßige Friedensförderung, nur wenn es sich um die Hilfeleistung für Deutschland handelt, werden auch sie merkwürdig kühl — eine neue Warnung für die deutschen Arbeiter, Hoffnungen auf den Internationalismus zu legen; er ist immer bei der Hand, wenn es gegen Deutschland geht, aber für Deutschland — da sucht man ihn vergebens. Die englische Regierung aber kümmert sich den Teufel um ihre „öffentliche Meinung“. Sie will es mit Frankreich nicht überleben, mag es zehnmal den Vertrag brechen und gegen ein waffenloses Volk wüten. England hat in der letzten Woche allein 14 Millionen Tonnen Kohlen mehr verkauft als in der Vorwoche und das geflügelt. Unwas anderes als ein Beschäftigt war der Weltkrieg gegen Deutschland auch nicht, und solange England bei dem Einfall ins Ruhrgebiet auch sein Geschäft macht, will es sich um Kleinigkeiten wie den Vertragsbruch nicht kümmern. Wobei allerdings zu beachten ist, daß Deutschland erst am Anfang des Kampfes um das Ruhrgebiet steht und die durch einen ausdauernden Abwehrkampf zu schaffenden politischen Tatsachen erst beginnen, wirksam zu werden.

Die amerikanische Regierung scheint sich über- raschend leicht mit der vollkommenen Tatsache des Ruhr- einmarsches abgefunden zu haben; die erhobenen Proteste sind plötzlich verstummt. Der Widerwille, sich wieder in euro- päische Verwicklungen hineinziehen zu lassen, scheint die wirt- schaftlichen Bedenken überwunden zu haben. Freilich hat eines der einflussreichsten Mitglieder des auswärtigen Aus- schusses, Senator Borah, den französischen Raubzug in einer öffentlichen Erklärung so scharf gekennzeichnet, wie es kaum von deutscher Seite geschehen ist. Er nannte ihn eine „Gefährdung des Weltfriedens“ und eine „Beleidigung der Menschheit“, und er sagte gerade heraus, was wir an anderer Stelle auch betont haben: die Untüchtigkeit der Regierung der Vereinigten Staaten sei schlechthin unehrenhaft. Deutschland habe im blinden Vertrauen auf die 14 Punkte Wil- son's sich ergeben; amerikanische Truppen haben die Waffen- streckung erst möglich gemacht. Ameritz habe daher die Ver- antwortung für eine Behandlung Deutschlands, wie sie von jüdisierten Elegien zu erwarten sei, nicht von Wil- den. Borah spricht für einen Teil der Amerikaner, der zu- lehends an Umfang wächst. Ob seine Stimme bei der ameri- kanischen Regierung mehr gehört werden wird als die Lloyd Georges bei der englischen, muß abgewartet werden.

Wir Deutsche aber klagen die englische und die amerikanische Regierung an, daß sie, die immer auf peinlichste Einhaltung des Friedensvertrags durch Deutschland drangen, den Franzosen jede eigenmächtige Ver- legung des Vertrags gestatten. Für sie als Mitunterzeichner müßte es, wie Borah richtig sagte, Ehrensache sein, dem Un- recht zu wehren, denn es beschneidet ihre Ehre als Volk und Staat. Gegen Frankreich selbst mit Vernunft- und Rechtsgründen aufkommen zu wollen, ist bei dessen Berrann- heit natürlich ganz nutzlos. Die Art und Weise, wie Poin- caré die amtlichen Proteste der deutschen Reichsregie- rung gegen die französischen Wandalen in Bochum und Langendreer, gegen die willkürlichen Verhaftungen und Ausweisungen deutscher Beamten und anderer den Franzosen mißliebigen Persönlichkeiten abgehat, ist ein- fach empörend und zeigt, wie es um das Recht und Rechts- gefühl bestellt ist, das Poincaré immer im Munde führt. In die schlimmsten Zeiten eines Melac und Napoleon gemahnt das Schauspiel des Kriegesgerichts, das in Raing über sechs dorthin verschleppte Großindustrielle und einige hohe Beamte das Urteil wegen „Gehorsamverweigerung“ gegen die Befehle der französischen Behörde gefällt hat. Mit den bei den französischen Kriegsgerichten im besetzten Gebiet sonst üblichen schweren Freiheitsstrafen wagte man sich an die mannhafte dastehende Angeklagten nicht heran. Schuldgründe hatte man überhaupt keine, weil die ganze Anklage auf einer gefälschten Auslegung des Friedensvertrags aufgebaut war, die Schuld lag also nur auf französischer Seite; dagegen verhängte das Gericht Geldstrafen von insgesamt 428,5

Millionen Mark — ganz nach der Menge der aufzulegenden, aber auf Befehl der Reichsregierung verweigerten Kohlenab- lieferung! Ein verrückteres Urteil ist wohl selten gefällt worden. Die beiden Beamten wurden zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt; sie hatten ihrer Regierung gehorcht, nicht dem feindseligen General Degoutte. Willfür statt Recht.

Es muß angeführt werden, daß den Beurteilten von der Rainger Bevölkerung ein wahrer Triumph bereitet wurde; für die Franzosen soll es in selbiger Nacht verschiedene Blisse abgefeht haben, was den Kommandanten veranlaßte, die Rainger Polizei als „unzuverlässig“ seiner eigenen Gewalt zu unterstellen. Die Reise der Beurteilten nach Köln gleich einem Triumphzug; unter den 100 000 Glückwünschen den- fanden sich auch — die englischen Offiziere der Kölner Besatzung, die wohl nur mit stiller Wut sich dem Befehl Bonar Laws gefügt hatten, bei der Verhaftung und Ausweisung des Präsidenten des Kölner Landesfinanzamts, von Lanzener, mitzuwirken. Auch von den fran- zösischen Offizieren sollte man annehmen, daß sie sich schämen, an dem von der französischen Regierung ihnen zugemuteten Räuberleben teilzunehmen, wenn sie noch einen Funken von Ehrgefühl in der Brust tragen.

Es erübrigt sich, über die weiteren Gewalttaten in dem schwergeprüften Ruhrland zu berichten. Was ist zu er- warten, wenn von Paris aus in die Blätter des übrigen Auslands Nachrichten gebracht werden, Deutschland stelle ein großes Heer unter Ludendorfs Befehl auf, um über die Fran- zosen herzufallen! Selbst ein Franzose, Herriot, konnte sich nicht enthalten, seiner Regierung den Rat zu geben, sie möge es mit ihren Vägen nicht gar zu arg treiben. Daß die Er- mordung eines Gefolgsmannes Poincarés, Plateau, durch eine junge Anarchistin in Paris sofort als deutsche Ar- beit verdächtigt wurde, versteht sich wohl von selbst. Der Täuschung dient auch der neuerfundene Entschädi- gungsplan Poincarés und Baribous: Deutschland soll eine „Zahlungsfrist“ von zwei Jahren erhalten, aber 1. Rheinland und Ruhrland bleiben besetzt, 2. Frankreich führt fort, alles Staats- und Gemeindegut in diesem in- zwischen auszubenten, die Kohlensteuer, die Abteigzölle und die Ein- und Ausfuhrabgaben einzuziehen, 3. Deutschland hat eine innere Anleihe von 3 Milliarden Goldmark (nach heu- tigem Geldwert etwa 1500 Milliarden Papiermark) aufzu- legen und davon 2% Goldmillarden sofort an Frankreich ab- zuführen, 4. Deutschland hat zwangsweise eine Reihe von Monopolen einzuführen, sie zu verpachten und einen Haupt- teil davon natürlich an Frankreich zu zahlen. — Das soll eine „Zahlungsfrist“ sein, und mit solchen Vorschlägen moat man den Verbündeten den guten Willen und die weite Mäßigung Frankreichs zu beweisen! So etwas hätte sollen Deutsch- land 1871 probieren! Italien in seiner zweideutigen Haltung glaubte in den genannten Vorschlägen das Ge-icht der Vor- schläge Mussolinis wieder zu erkennen; in England scheint man sich doch ein bißchen zu schämen.

Die deutsche Reichsregierung und wir alle wissen, daß wir in dem Abwehrkampf gegen die französische Ber- gewaltigung vorläufig ganz auf uns selbst gestellt sind. Die Vermittlung einer andern Seite, von der kürzlich in einer Regierungserklärung die Rede war, taugt nicht viel; erst recht vorläufig müssen wir sein, wenn sie, wie es heißt, von Mussolini angeboten worden sein sollte. Ver- mittlung und Verhandlung kann es für Deutschland erst geben, wenn der letzte Franzose und Belgier das Ruhrgebiet verlassen hat. Sonst sind wir doppelt ver- loren. Der Kampf muß mit den bisherigen bewährten Mit- teln fortgeführt werden, und er ist aussichtsreich, wenn die Ruhrbevölkerung und das ganze Reich mit der Regierung standhaft bleiben. 7000 Tonnen Kohlen haben die Fran- zosen bisher nach Frankreich gebracht — ein klägliches Er- gebnis, das sie nun veranlaßt, aus Frankreich, Belgien, Ita- lien, Tschechien und natürlich — Polen Eisenbahnen und Kohlenarbeiter nach dem Ruhrgebiet zu ziehen. Die werden schauen! Die Franzosen aber auch, denn der Versuch wird sehr teuer und sehr kläglich sein trotz des Besetzungsheers, das auf 200 000 Mann gebracht und dem als besonders ruf- schichtlos gepriesenen General Wegand mit unumkehrbar- ter Vollmacht unterstellt werden soll. — Kuschäten, dann beiften sie auf Granit. Unseren wackeren Westfalen aber müssen wir alle unter die Arme greifen, sie kämpfen und le- ben für uns. Wer etwas für sie zu geben hat, der gebe schon sind Hunderte von Millionen gesammelt. — Milliar- den müssen es werden. Die deutschen Landwirte haben schon Wagen um Wagen mit Lebensmitteln nach dem Ruhrgebiet gesandt. Das ist die Gegend, wo einst Quintilianus Varus, als die Römer froh geworden, mit seinen Legionen von Armin, dem Befreier, vernichtet worden ist.

Deutscher Reichstag

Berlin, 25. Januar.

Die Sitzung beginnt nachmittags um 2 Uhr. Präsident Lobe verliest zunächst Sympathiegramm aus dem Reich, vom Tiroler Landtag, von der Stadtverwaltung Graz und von den deutschen Abgeordneten des Italienischen Parlaments anlässlich der französischen Ruhrbesetzung. (Lebhafte Beifall.)

Das deutsch-amerikanische Abkommen über die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der amerikanischen Ansprüche aus dem Versailles Vertrag wird in allen drei Lesungen angenommen, desgleichen der Gesetzentwurf über die Eintragung von Schiffspfandrechten in ausländischer Währung nach Erledigung kleinerer Vorlagen wird in die

erste Beratung des Haushalts für 1923

eingetreten.

Reichsfinanzminister Dr. Hertel führte aus: Der Haushalt des Reichs steht unter dem Druck, daß die Ausgabenposten der Rentenwertung viel schneller folgen als die Einnahmen, und leidet weiter unter der Unsicherheit der Zahlen, so daß er deshalb nur den Wert eines Programms hat. Der außerordentliche Haushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 66 Milliarden ab. Die Post hat einen Anleihebedarf von 82 Milliarden Mark. Die Eisenbahn hofft, ihren Fehlbetrag ausgleichen zu können. Der Grund für das Vorgehen Frankreichs ist der Plan des französischen Großkapitals, mit Gewalt eine Vereinigung von Eisen, Erz und Kohlen unter französischer Führung zu erzwingen.

Wir werden diesem Gewaltakt mit allen Mitteln unserer Widerstand entgegengehen. Die Regierung wird dem Reichstag demnächst eine größere Kreditforderung unterbreiten zur Befreiung der wirtschaftlichen Schäden der Ruhrbesetzung. Die ohnehin schon knappen Lebensmittel sind durch das französische Militär vielfach beschlagnahmt worden. Unser Volk wird zu einer Einschränkung der Lebenshaltung und zur Abkehr vom Luxus genötigt sein. Dieser Notwendigkeit wird die Regierung durch ein Rigorose Rechnung tragen. Wir werden auch dem zusammenbrechenden Kleinrentner Hilfe leisten müssen. Die französische Gewaltpolitik trägt die Schuld daran, daß wir in diesen furchtbaren Zustand hineingeraten sind. Die deutschen Angebote sind von Frankreich zurückgewiesen und zuletzt gar nicht mehr beantwortet worden. Wir wollen Entschädigung leisten bis zur Grenze des Möglichen, aber nicht unter dem Zwang der Bajonette. Die bisherige Erfüllungspolitik hat den Erfolg gezeigt, daß Frankreich jetzt allein steht und das ganze deutsche Volk in der Abwehr der französischen Gewaltpolitik einig ist. Der Redner dankt den Beamten für ihr tapferes Verhalten. Einigkeit und Geschlossenheit ist jetzt das Gebot der Stunde. Je besonnenere wir auftreten, um so härter werden wir sein in dem Beweis, daß Bajonette und Raschengerichte als Verhandlungsinstrumente im wirtschaftlichen Leben von uns ein für allemal abgelehnt werden. (Lebhafte Beifall und Handklopfen, auch auf den Tribünen.)

Hg. Wels (Soz.): Die Schuld, daß wir heute weiter denn je vom Frieden entfernt sind, trägt die militärische Gewalt in Frankreich. Wirtschaftlich sei unsere verbraucherfeindliche Steuerpolitik, die nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern pünktlich die hohen Steuern einfordert, während die bestehenden Arrete erst zu zahlen brauchen, wenn das Geld bereits entwertet ist. Dadurch werde im Ausland der Eindruck hervorgerufen, daß Deutschland nicht zahlungswillig sei. Die „Erfassung der Sachwerte“ sei der beste Weg zur Befreiung der Reichsfinanzen. Die sozialdemokratische Partei werde an der Erfüllungspolitik festhalten und lehnt jede Gemeinschaft mit Parteien oder einer Regierung ab, die aus dem vertragswidrigen Einbruch der Franzosen die Befreiung von allen Lasten des Friedensvertrags herleiten wollen. Die Kritik des Auslands richte sich gegen den französischen Militarismus. Sie würde sich sofort gegen uns wenden, wenn Männer wie Ludendorff und Helfferich an die Spitze der deutschen Abwehrhandlung treten würden. Es sei bedauerlich, daß zwischen den Nationalsozialisten und gewissen Stellen der Reichsmehr Beziehungen bestehen. Gegen Wucher und Preistreiber müsse durch gesetzliche Maßnahmen rücksichtslos eingeschritten werden.

Hg. Koch-Weser (Dem.) gibt im Namen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei die Erklärung ab, die der Regierung die Billigung ihrer auswärtigen Politik ausspricht und innere Geschlossenheit des Volks und der Parteien verlangt. Das Haus vertagt sich darauf auf Freitag 2 Uhr.

Vom Kriegsjahnpaß

Ausweisungen und Verhaftungen. Erregung im Rheinland

Mainz, 26. Jan. Polizeidirektor Frohmann und Polizeikommissar Enders sind aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen und sofort über die Grenze gebracht worden; in Aachen erhielten Regierungspräsident Dr. Kombach und Oberregierungsrat v. Görtz'schen Ausweisungsbefehl. In Trier wurde Landrat v. Baum verhaftet.

Das Post- und Telegraphenamt in Trier ist vor den Franzosen besetzt. In Koblenz hat der französische Kommandant die Aufführung von „Wilhelm Tell“ im Stadttheater verboten. In der Nacht zum Donnerstag drangen junge Leute in das Gebäude des Sonderbündlerblattes „Der Rheinländer“ und „Der Republikaner“ ein. Die Fensterhebeln wurden eingeschlagen und eine große Zahl Manuskripte vernichtet. Western hat sich der Vorgang wiederholt, Fische und Manuskripte wurden auf die Straße geworfen. Auch mehreren Anhängern Dorrens wurden die Fenster und die Verkaufstische eingeschlagen.

In Kreuznach wurden Umzüge veranstaltet und vaterländische Lieder gesungen. Es wurde geschossen. Der Belagerungszustand ist verhängt.

Auch in Köln wurde die Teil-Aufführung verboten.

In Teuse fest

Wiesbaden, 26. Jan. Die Rheinlandkommission hat vier

höhere Beamte des Regierungspräsidiums nacheinander aufgefördert, das Präsidium zu übernehmen. Alle Beamten haben das Angebot entschieden zurückgewiesen.

Preßeknebelung

Nachen, 26. Jan. Sämtliche Nachener Blätter wurden von der belgischen Besatzungsbehörde auf drei Tage verboten, weil die Schriftleitungen und Verlage sich weigerten, ein ihnen in französischer Sprache zugewandene Befanntmachung zu übersetzen und unentgeltlich zu veröffentlichen.

Die französischen Fahrenflüchtigen

Berlin, 26. Jan. Die zahlreichen Fahrenflüchtigen, die ins unbesetzte Gebiet überkommen, sind fast laute Eißäcker, denen der Zwangsdienst im französischen Heer verhaftet ist. Die französischen Soldaten erhalten im Monat einen Sold von 150 000 Mark neben ihrer freien Verpflegung. Dieses Geld benötigen viele, um sich Zivilkleider zu beschaffen und das Weite zu suchen!

Französischer Uebergriff in Rehl

Rehl, 26. Jan. Die französische Besatzung des Brückenkopfes Rehl hat den Bahnhof und das Hafengebiet belegt. Die Beamten und der Betriebsrat erklärten, daß sie die Arbeit niederlegen werden, wenn die Besatzung nicht aufgehoben werde. Darüber wird mit dem Kommandanten noch verhandelt. Auf dem Zollamt erschienen ferner französische Beamte und verlangten die Kassenschlüssel um Einsicht in die Bücher zu nehmen. Die Schlüssel wurden verweigert. Nachmittags kamen sie in verstärkter Zahl wieder und nahmen nun eigenmächtig Einsicht in die Bücher aus denen sie sich Aufzeichnungen machten. Ins Zollamt wurden französische Posten gelegt.

Britischer Kabinettsrat zur Ruhrbesetzung

London, 26. Jan. Wie die Blätter melden, hat Bonar Law mehrere Kabinettsitzungen abgehalten, um die französische Besetzung des Ruhrgebiets zu besprechen. Es werde die Frage erwogen, ob die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen seien, da das Vorgehen Poincarés und die von ihm beabsichtigte Fortsetzung des Ruhrgebiets von Deutschland den ursprünglichen Plan weit überschritten habe und unmittelbar die englischen Interessen bedrohe. Diese Bedrohung könne nicht länger ertragen werden. Allgemein sei man überzeugt, daß die französischen Maßnahmen sehr schlaganfällig seien. Die Berichte der französischen Regierung seien weniger befriedigend als unmittelbar nach dem Abbruch der Pariser Konferenz. Diejenigen Minister, die zugleich Unterhausmitglieder sind, seien für Zurückziehung der englischen Truppen, diejenigen, die Oberhausmitglieder sind, seien für deren Verbleiben in Köln. — Kriegsminister Derby hatte eine längere Besprechung mit Bonar Law.

Württemberg

Stuttgart, 26. Jan. Der Finanzausschuss des Landtags nahm einen Antrag an, der die Regierung ermächtigt, der Württ. Volksbühne innerhalb des Rahmens der künftigen Reichszuschüsse (bisher 11,4 Millionen Mark) diejenigen Zuschüsse zu leisten, die zur Fortführung eines beschränkten Betriebs für die laufende Spielzeit notwendig sind und darüber hinaus nach Bedarf einen Zuschuß bis zu 4 Millionen Mark (unter Einrechnung der bisher bewilligten Vor- und Zuschüsse) zu geben. Die Regierung soll dahin wirken, daß die Volksbühne mehr als bisher aus eigenen Kräften und unter Inanspruchnahme privater Hilfe sich erhalte. Für die Württ. Hochschule für Musik kann die Regierung auf Rechnung und im Rahmen der künftigen Reichszuschüsse gemäß dem Finanzausgleichsgesetz Zuschüsse zur Aufrechterhaltung des Betriebs leisten und darüber hinaus einen Staatszuschuß bis zu 1 Million leisten unter der Voraussetzung, daß die Stadt Stuttgart einen gleichen Beitrag leistet. Der Beitrag für den Verein zur Förderung der Volksbildung wurde etwas erhöht. Ein Zentrumsantrag, eine entsprechende Summe für die kathol. Volksbildungsgemeinschaft zu bewilligen, wurde abgelehnt, nachdem der Kultminister auf die weittragenden Folgen aufmerksam gemacht hatte. Man würde dann gleich Forderungen des Evang. Volksbundes, der Gemerschafte usw. nicht abweisen können. Der Minister erklärte, daß seitens des Staats alles geschehen werde, um das gefährdete Königin-Charlotte-Gymnasium (für Mädchen) und die Frauenschule in Großschaffheim zu erhalten. Der Beitrag für das Auslandsinstitut wurde auf 800 000 M. erhöht. Der Ausschuss für innere Verwaltung hat einen Gesetzentwurf angenommen, der das Reinigen, Begießen und Bestreuen der Straßen bezw. die Kosten hierfür den Eigentümern ganz oder zum Teil auferlegt, angenommen.

Stuttgart, 26. Jan. Die Straßenbahn fährt weiter. In der gestrigen Gemeinderatssitzung wurde einstimmig ein von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag angenommen: Der Gemeinderat spricht sich grundsätzlich für die Fortführung des Straßenbahnbetriebs aus unter Berücksichtigung eines vorliegenden Einschränkungssplans. Der weitere Antrag von derselben Seite, die Bürgerschaft für ein bei der Stadt. Girokasse aufzunehmendes Darlehen bis zu 40 Millionen Mark zu übernehmen, wurde mit 34 gegen 26 Stimmen angenommen. Dafür waren die Sozialisten, Zentrum und zwei Demokraten. Da die Straßenbahn der verlangte Ueberstunde ablehnten, wird der Betrieb so eingeschränkt, daß ebenso viel Personal einlassen werden kann, wie es durch die Ueberstunde möglich geworden wäre.

Von Gemeinderat Dr. Döhlinger, Frau Giese und Fräulein Josenhans wird der vom Gemeinderat bereits einmal abgelehnte Antrag, die Polizeistunde auf 11 Uhr vorzurücken, noch einmal eingebracht, nachdem in ganz Preußen die Polizeistunde auf 11 Uhr festgesetzt worden ist.

Stuttgart, 26. Jan. Neuer Verein. Anlässlich des von der Württ. Landwirtschaftskammer im Herbst in Stuttgart und Ulm abgehaltenen Vortragskurles wurde ein Verein zur Förderung der Grünlandwirtschaft in Württemberg gegründet. Nach Erläuterung von Zweck und Ziel

des Vereins durch den Vorstand der Abteilung Pflanzenbau der Landwirtschaftskammer, Oekonomierat Dr. W. H. Fraien sofort 89 Landwirte dem Verein als Mitglieder bei. Die Geschäftsführung hat die Abteilung Pflanzenbau der Württ. Landwirtschaftskammer übernommen. Der württ. Grünlandverein wird sich dem deutschen Grünlandbund mit dem Sitz in Steinach bei Straubing anschließen. Das Organ des Vereins sind die Blätter für Gutsreform.

Stuttgart, 26. Jan. Keine jüdi. Wohnungsbaute mehr. Um die begonnenen Wohnungsbauten zu Ende zu führen, bewilligte der Gemeinderat 147 Millionen Mark, er beschloß aber zugleich, für 1923 auf weitere Baupläne zu verzichten.

Einbruchsdiebstahl. Aus einem Aussteuergeschäft in der Gartenstraße wurden nachts Waren im Wert von mehreren Millionen Mark gestohlen.

L. C. Sammlung für das Ruhrgebiet. Die Württ. Landwirtschaftskammer, der Verband Landm. Genossenschaften der Schwäbische Bauernverein und der Landwirtschaftl. Hauptverband sind übereingekommen, unter den Landwirten Württembergs gemeinsam eine Hilfsaktion für die Deutschen im Ruhrgebiet einzuleiten. Näheres wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

L. C. Pachtpreise. Auf Grund der neuen Pachtfestsetzung nimmt der thüringische Staat als Pachtsumme für seine 116 Staatsgüter für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis zum 30. Juni 1923 300 Millionen Mark gegen 2 1/2 Millionen Mark im Jahre 1921—22 ein.

Der Viehstand Württembergs. Am 1. Dezember 1922 ergab sich in Württemberg ein Bestand an Pferden von 103 921 Stück* (1. Dez. 1921 104 500), Rindvieh 983 456 (982 851), davon Milchschafe 472 719 (480 640), Schafe 260 128 (268 080), Schweine 440 212 (469 208), Ziegen 144 339 (146 337), Geflügel 3 302 572 (3 225 704).

Stuttgart, 26. Jan. Erhöhung der Fleischpreise. Das städt. Nachrichtenamt teilt mit: Die Stuttgarter Metzgerinnung hat die Fleischpreise je für ein Pfund mit sofortiger Wirkung um folgt festgelegt: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 1800 M. (1600 M.), Rindfleisch 2. Güte 1560—1580 M. (1400—1440 M.), Kuhfleisch 1. Güte 1260 bis 1320 M. (1060—1120 M.), Kuhfleisch 2. Güte 980—1040 M. (800—920 M.), Kalbfleisch 1540—1580 M. (1400—1440 M.), Schweinefleisch (unverändert) 2400 M., Hammelfleisch 1600—1620 M. (1160—1180 M.), Schaffleisch 1300—1300 M. (980—1040 M.).

Der Milchpreis im Kleinverkauf wird sich nach der bereits gemeldeten Erhöhung des Stallpreises auf 190 Mark und 10 Mark Vertragszuschlag nunmehr auf 360 Mark des Bier (bisher 240 Mark) stellen. Zur Verbilligung der Kindermilch hat die Stadt Stuttgart aus dem Reichszuschuß einen Betrag von 30 Millionen Mark erhalten.

Höchstpreise für Zucker. Für den Kleinhandel mit Verbrauchsucker (sog. Mundzucker) werden für den Monat Januar folgende Höchstpreise festgesetzt: für Kristallzucker 400 M., für Sandzucker 420 M., für Würfelzucker 425 M., für Brotzucker (Zuckerhüte) ohne Verpackung gewogen 420 Mark je Pfund. Die Kleinhandler (mit Ausnahme derjenigen in der Stadt Stuttgart, sowie in den Oberämtern Stuttgart-Um, Cannstatt und Heilbronn), die mit Zucker aus den Fabriken Stuttgart-Cannstatt und Heilbronn befristet werden, sind berechtigt, zu den vorstehenden Preisen die entstehenden Bahnfrachtkosten von den Zuckerfabriken bis zu der ersten Empfangsstation des Großhändlers aufzurechnen.

Eßlingen, 26. Jan. Leichenfindung. Der 35 Jahre alte Fabrikpfortner Gottlieb Rößinger, der seit Samstag nachmittags vermißt wurde, wurde beim großen Wehr als Leiche aus dem Neckar gezogen. Rößinger ist wohl auf der Suche nach dem ihm entglittenen Stiefel in den Neckar gestürzt.

Schwenningen, 26. Jan. Einbruch. Nachts sind zwei Schenkflächen der Firma J. G. Stähle durch Nachschlüssel geöffnet und ihres Inhalts im Wert von 220 000 M. beraubt worden.

Waldsee, 26. Jan. Zeitgemäher FINDERLOHN. Für einen im Eisenbahnzug von Rohberg nach Waldsee verloren gegangenen braunen Ruff ist ein FINDERLOHN von 1 Zentner Weizen oder 10 Pfund Butter ausgeschrieben.

Heilbronn, 26. Jan. Fabrikdiebstahl. Wegen umfangreicher Leberdiebstähle in der mech. Schuhfabrik Sontheim wurde der dort bedienstete 27 Jahre alte, hier wohnhafte Zuschneider Richard Kable von Flein dem Gericht übergeben. Eine Menge Leder im Gesamtwert von annähernd 350 000 M. wurde wieder beigebracht.

Aus Stadt und Bezirk.

Regeld, 27. Januar 1923.

Ans Ziel geführt

Es ist sehr gut, daß es dem Menschen nicht immer nach seinen Wünschen geht. Gott behält sich ein Wort bei ihm vor, und anstatt daß ein Mensch betrübt sein sollte, daß ihm ein Posten abgeschlagen wird, sollte er sich freuen, daß Gott sich in die Sache eingemischt. Hippel.

Württemberg. Heute abend bringt die Württ. Volksbühne in der Turnhalle Schillers „Ankunft von Orleans“ zur Aufführung. Die Vorstellung beginnt pünktlich um 7 1/2 Uhr, bei Beginn der Vorstellung werden die Saalkarten gefächelt, Zutrittskommande können erst nach dem ersten Akt, bezw. ersten Bild eingeschoben werden. Die Vorstellung ist nach 7 1/2 Uhr zu Ende. Morgen abend 7 1/2 Uhr geht als zweite Vorstellung das Lustspiel „Das Korsett“ von Herrn. Vahr in Szene. Die Spielleitung dieses Stüdes liegt in den Händen des Oberspielleiters Ehart Stettner; in die Rollen teilen sich die Herren v. d. Heyden, Keimann, Strimmer, sowie die Damen Balke, Brandt, Faß, Halben, Joha. Müllert und Kemmers.

Die „Heimatnot“. Für die Württ. Mittelstandsnothilfe sind bis 20. Januar 1923 an Geld insgesamt 76 178 937 M. eingegangen. Zusammen mit den angekauften Lebensmitteln der Landwirtschaft und den Gaben von Stoffen von Seiten der Textilindustrie stellt sich das Gesamtergebnis auf etwa 100 Millionen Mark. Die Sammlungen sind indes noch nicht abgeschlossen.

Das deutsch-schweizerische Versicherungsabkommen, das die Sicherstellung schweizerischer Versicherungsverträge bei deutschen Versicherungsgesellschaften zum Gegenstand hat, ist

von der F. worden.

Erzieren Kepheln erst noch ehe sie recht fallen der Frost kennt, doch man viele Das erfroren Zeit ganz

Teuerung mit 10 000 Dezember an zweiter Eßlingen mit 59 895 An letzter von 55 445 Gemeinden das mit 62 lernberg hat dann folgen und Rehmbergs ist im son nur 48 51 756.

Eindämm sterium des Ermächtigung gehalten, an luftbarkeiten Tanunterho unter das geschritten u

Altenfr überpa. d. Donnerstag über 50 Pro

Reichsfa der Univer Ohne Sa dener 70jäh geben. Es

Todesart den Porzell Kaufmann

Heringsjüger Werft wagen des schlagnahme die mit Bro rial, das wurde, ist e aus den W gestellt. De etwa 20 R

Der Kom belastigen K sche Sprache wie Haas Gent eine gründen will beitrill. — keine Kosten tum in Belg

Das Franckreich verleben w 100 Jahren bearbeitet. Familien be Wandersfamili Tagen der arbeiten.



G. W



Abteilung Pflanzenbau
 mlerat Dr. W. H. H. H.
 als Mitglied bei. Die
 Pflanzenbau der Württ.
 n. Der württ. Grün-
 Grünlandbau mit dem
 stehen. Das Organ des
 reform.

l. Wohnungs-
 Wohnungsbau zu En-
 at 147 Millionen Mark
 auf weitere Baupläne zu

Aussteuerung in der
 im Wert von mehre

Die Württ. Land-
 andw. Genossenschaften
 der Landwirtschafts-
 n, unter den Landwirten
 ation für die Deutschen
 wird in den nächste

er neuen Pachtfestlegung
 schuldsumme für seine 116
 1922 bis zum 30. Juni
 14 Millionen Mark im

Am 1. Dezember 1922
 stand an Herden von
 90), Rindvieh 983 456
 480 640), Schafe 290 128
 208), Ziegen 144 339
 704).

ng der Fleisch-
 t trift mit: Die Stutt-
 preise je für ein Pfund
 festgesetzt: Ochsen- und
 4), Rindfleisch 2. Güte
 1. Güte 1260
 2. Güte 980—1040
 —1580 .M (1400—1440
 2400 .M, Hammelfleisch
 1300—1360 .M

wird sich nach der bereits
 es auf 190 Mark und
 auf 360 Mark das Liter
 ligung der Kindermilch
 chzuschuß einen Betrag

leinhandel mit Ver-
 erden für den Monat
 eheft: für Kristallzucker
 Wirtelzucker 425 .M,
 erpachtung gewonnen 420
 (mit Ausnahme der
 in den Oberämtern
 ronn), die mit Zucker
 ett und Heilbronnen be-
 vorstehenden Briefen
 den Zuckerfabriken bis
 Großhändlers anzu-

ändung. Der 33
 dinger, der seit Sams-
 de beim großen Wehr
 Abdingen ist wohl auf
 en Stolz in den Redat

u. h. Nachts sind zwei
 durch Nachschlüssel ge-
 urch 220 000 .M heraus-

her Findexahn.
 Kohberg nach Waldsee
 t ein Findexahn von
 unter ausgeschrieben.

diebstahl. Wegen
 er mehr. Schußfabrik
 e 27 Jahre alte, hier
 e von Klein dem Ge-
 r im Gesamtwert von
 beigebracht.

von der Pariser Kriegsschadigungscommission angenommen worden. Das Abkommen ist somit hinlänglich.

Gejrockenes Obst. Wenn man im Winter zwischen den Äpfeln erfrorrene Früchte findet, gebe man diese sofort noch ehe sie wieder weich werden, in ein großes Gefäß mit recht kaltem Wasser. Hier lasse man sie solange liegen, bis der Frost vollständig herausgezogen ist, was man daran erkennt, daß sich eine Eiskruste um den Apfel bildet. Nachdem man diese entfernt hat, darf sich keine neue Kruste festsetzen. Das erfrorrene und so behandelte Obst hält sich noch einige Zeit ganz gut.

Teuerungszahlen in Württemberg. Von den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern steht Friedrichshafen in Dezember an der Spitze mit einer Teuerungszahl von 61 961 an zweiter Stelle folgt Stuttgart mit 61 947, dann folgen Eßlingen mit 59 982, Ravensburg mit 59 905, Weinstadt mit 59 895, Feuerbach mit 59 879, und Ulm mit 59 856. An letzter Stelle stehen Bödingen mit einer Teuerungszahl von 55 445 und Tuttlingen mit 55 498. Die teuerste von den Gemeinden mit 5000—10 000 Einwohnern ist Weingarten mit 62 086 die höchste Teuerungszahl von ganz Württemberg hat. An zweiter Stelle steht Trossingen mit 59 090 dann folgen Waiblingen mit 58 476, Pfullingen mit 58 222 und Wehingen mit 58 320. Die billigste Stadt Württembergs ist im Dezember Saulgau mit einer Teuerungszahl von nur 48 405; die zweitbilligste Stadt ist Crailsheim mit 51 756.

Eindämmung der Vergnügungen. Das württ. Ministerium des Innern hat die den Ortspolizeibehörden erteilte Ermächtigung zur Verlängerung der Polizeistunde aufgehoben, ausgenommen Berufsveranstaltungen, Fastnachtstanzveranstaltungen und öffentliche wie geschlossene Gesellschaftstanzveranstaltungen sind verboten. Tanzspiele fallen nicht unter das Verbot. Wegen Trunkenheit soll strengstens eingeschritten werden.

Altensteig. Schicksal. Die Gruppe nimmt z. B. sehr überhand. Es liegen ganze Familien auf dem Boden. Seit Donnerstag ist die Garm- und Realschule geschlossen, weil über 50 Prozent der Schüler wegen Krankheit fehlen.

Neuer Dampfer. Der auf der Buffkornwerft Bremen gebaute Frachtdampfer „Hessen“ (16 000 Tonnen) ist am 13. Januar von der Hamburg-Amerika-Linie für den Südamerikadienst übernommen worden. Der Dampfer kann auch eine beschränkte Anzahl von Reisenden aufnehmen.

Familiennachrichten
 Gestorben: Julius Böhrer, 43 Jahre und Ludwig Glauner, Freiburgstadt. Fr. Gafelberger a. Lam, 45 J. u. Rosine Siehle, We. geb. Braun, 83 J., Klosterreichenbach. Friedr. Schmann, 82 J., Vatersbrunn.

Neue Nachrichten

Das Beamtenrätegesetz
 Berlin, 26. Jan. Am Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde das Beamtenrätegesetz weiter beraten. Hauptgegenstand der Verhandlungen bildeten die Aufgaben und Befugnisse der Beamtenräte. Von der Sozialdemokratie waren dazu zahlreiche Anträge eingebracht worden, die von der Regierung als weit über das Ziel hinausgehend bezeichnet wurden. Im Verhältnis zu diesen Forderungen erschien das Beamtenrätegesetz direkt als „reaktionär“. Nach längerer Aussprache wurde beschloffen, daß die Beamtenvertretungen die Aufgabe haben, die gemeinsamen und persönlichen Dienstangelegenheiten der Beamten bei dem Dienstvorgesetzten wahrzunehmen, nämlich: Anregungen und Anträge der Beamten, die sich auf die Dienstangelegenheiten allgemeiner Art beziehen, entgegenzunehmen und bei dem Dienstvorgesetzten zu vertreten, Meinungsverschiedenheiten der Beamten untereinander beizulegen, auf die Bekämpfung von Inzest und Gefährdungsfällen zu achten, Anregungen für Wohlfahrtsanstalten zu geben. Die Beamtenräte haben u. a. das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung von allgemeinen Vorschriften des Dienstbetriebs, bei WiederEinstellung krofwweise Entlassener, bei Inzestuntersuchungen, bei Verlegungen in den Ruhestand, Entlassungen, Urlaubsverweigerungen, bei Unterstützungsgelüben usw. Ferner wurde festgesetzt, daß der Beamtenrat gutachtlich zu hören ist bei Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans, sowie bei Vorschlägen zum Haushaltsplan, soweit persönliche Angelegenheiten der Beamten berührt werden. Angenommen wurde ferner eine Bestimmung, nach der die Beamtenräte eines Beamten bezeichnen können, der bei der Beamtenprüfung zum stimmberechtigten Mitglied der Prüfungskommission zu ernennen ist. Auf wissenschaftliche Prüfungen soll diese Bestimmung jedoch nicht angewandt werden. Bei der Zusammenlegung der Beamtenräte sind die verschiedenen Befoldungsgruppen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Wahlordnung.

Die Friedenskonferenz schließt ein
 Lausanne, 26. Jan. Tamed Pascha erklärte, wenn Lord Curzon nach London zurückkehren wolle, so werde auch er mit der türkischen Botschaft nach Angora abreisen, und wie die Verbündeten, nur einen Vertreter in Lausanne zurücklassen.

Ausnahmezustand in Bayern
 München, 26. Jan. Die bayerische Regierung hat Veranlassungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel anlässlich des bevorstehenden Parteitags der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei in München verboten. Die Parteileitung erklärte, das sei ein Ausnahmezustand, die sie sich nicht gefallen lasse. Der sozialdemokratischen und kommunistischen Veranstaltungen werden keine Einschränkungen auferlegt. Sollten die nationalsozialistischen Versammlungen durch die Staatsgewalt gestört werden, so werden sie der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Die bayerische Regierung hat beschloffen, den Ausnahmezustand im rechtsrheinischen Bayern zu verhängen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 26. Jan. 23 008,10 (21 654.—).
 1 Pfd. Sterl. 108 228,70, 100 holl. Gulden 917 700.—, 100 Schw. Fr. 431 418.—, 100 franz. Fr. 148 627.—, 100 Ital. Lire 110 722.—, 100 öst. Kr. 36,17, 100 schwed. Kr. 64 338.—, 100 poln. Mark 79.—
 Das Goldgoldkaufgeld beträgt für die Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar 325 400 (bisher 222 300) Prozent.

Aufhebung der Einkaufssperre in der Damenkonfektion. aus von den Abnehmerverbänden gegen die Damenkonfektion gerichtete Einkaufssperre ist, wie die „Textilwoche“ erfährt, aufgehoben worden, da die Durchsetzung einer gerechten Verteilung des Valutarisikos zwischen Lieferanten und Abnehmern unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht möglich ist und die Beibehaltung der Beschränkung auf Lagerkäufe für viele Einzelhandelsfirmen eine Gefährdung ihrer Existenz bedeuten würde. Der Reichsdach des Textil-Einzelhandels hält seine Warnung von Käufen in kurzgeschlossener Mark bzw. mit Anzahlung nach wie vor aufrecht.

Der Weizenmehlpriß für Spezial 8 wurde von der Süddeutschen Weizenmehlfabrik wieder auf 140 000 Mark für 100 Kilo erhöht. Stuttgart, 26. Jan. Ohne weitere äußere Gründe hat die Festigkeit sich heute an der Börse in einer Weise für die jetzige Zeit ungewöhnlichen Weise gesteigert. Die Kursveränderungen gingen bei den Aktienwerten über Tausende von Prozenten hinaus; in einem Teil derselben lieh sich auf 9000, zu welchem Preis sogar nach stark rationiert werden mußte. Die eingegangenen Kaufaufträge waren sehr groß, das verfügbare Material äußerst gering. Den ganzen Tag hindurch verkehrte man in sehr fester Stimmung und bleibt auch zum Schluß fest. Auf dem Markt der Festverzinslichen hielt die rege Tätigkeit weiter an, auch dort waren starke Erhöhungen zu verzeichnen. Von den Bankaktien zogen Vereinsbank von 8000 auf 8500 an, Bankaktien 4000, Hypothekbank 4010, Rotenbank 13 000, Brauereierente: Ravensburg 4600 (4500), Ehlinger 3700, Reichenmeyer 5200 (5000), Hohenjohann 10 000 (8050), Welle 7000 (5500). — Metallaktien: Felmechank 80 000 (55 000), Hohner 30 000 (26 000), Jungbusch 21 000 (12 000), Metallwaren 19 000. — Maschinenwerte: Daimler 9500 (8500), Laupheimer 31 000, Ehlingen ohne Angebot, Hestler 11 500 (12 000), Weingarten 16 500 (16 000), Rechenzähler 11 300 (9000). — Textilaktien: Unterhausen 30 000 (25 000), Stielgabeln 40 000 (35 000), Kolb-Schäffle 28 000 (25 000), Rottner 21 000 (18 000), Ruchen 15 000, Hilt 18 000, Ehlingen vermochten um 5000 auf 30 000 anzulegen, ebenso Kollan auf 21 000, Leinenindustrie 24 000 (22 000). — Uebrig e Werte: Anilin 25 000 (21 000), Heideberger Zement 15 000, Klein-Rothweil 23 000 (19 500), Krumm 7500, Salzwerk Heilbrunn 75 000 (60 000), Stuttgarter Zucker 14 500 (12 500), Jagelwerke 16 000 (15 000). Württ. Vereinsbank.

Mannheimer Produktenbörse, 25. Jan. Haltung fest. Das Geschäft wurde durch die ungeklärte politische Lage stark beeinflusst. Verlangt wurden für die 100 Kilo waggongefüllte Mannheim: Weizen 35—36 000 .M, Roggen 71—73 000 .M, Gerste 63—67 000 .M, inländischer Hafer 40—50 000 .M, Mais 88—90 000 .M, lates Wiesbaden 30—31 000 .M, Lujersee Riebsen 34 000 .M, Dreißtrod 27 000 .M bis 29 000 .M, geb. Stroh 24—25 000 .M, Weizenkleie 35 000 .M.

Hamburger Futtermittelmarkt. Die Entwertung unserer Mark verursachte Preissteigerungen. Tschedem war ein lebhaftes Geschäft zu verzeichnen. Reisfuttermehl 24—25 v. S. Fett und Protein 25 000—32 800 .M, Weizenfuttermehl, weißes 25 500—32 000 .M, Palmkernschrot 23 100—24 800 .M, Weizenkleie, grobe 21 000 bis 23 000 .M, Erdnusskuchen 41 000—47 000 .M, Kokoskuchen 29 400 bis 32 200 .M, Palmkernkuchen 26 800—29 400 .M, Rapskuchen 26 300—28 800 .M, Leinkuchen 46 000 bis 50 000 .M, Mais 34 000 bis 38 600 .M. Obige Preise verstehen sich je 50 kg. ab Hamburg.

Märkte
 Mannheimer Kleinviehmarkt, 25. Jan. Der Auftrieb betrug 152 Kälber, 118 Schweine, 670 Ferkel und Läufer. Die Preise stellten sich für die 50 Kilo Lebendgewicht für Kälber auf 100 000 bis 115 000 .M, Schweine 190 000 bis 220 000 .M, Ferkel und Läufer pro Stück 25 000—35 000 .M. Tendenz lebhaft, mit Kälbern mäßig, geräumt, Schweine ruhig, Ueberhand, Ferkel und Läufer ruhig.

Nürtingen, 26. Jan. Schweinemarkt. Dem Markt waren zugeführt: 10 Läufer- und 53 Milchschweine. Für erstere wurden 107—140 000, für letztere 55—65 000 .M pro Stück bezahlt.

Wetter-Bericht
 Die große Störung ist nach dem Weissen Meer abgedrückt, sein Hochdruck beherrscht jetzt wieder Süddeutschland. Da aber noch schwache Einlenkungen vorhanden sind, ist am Sonntag und Montag zwar trocken und mäßig kalt, aber zeitweilig frühes Wetter zu erwarten.

Erwidern auf das „Eingefandt“ der Allgemeinen Orts-Krankenkasse im gestrigen Gesellschaftsrat.
 Es scheint der Verwaltung nicht angehen zu sein, wenn etwas gegen sie geschrieben wird. Die beiden Fälle sind aber so schwer, daß sie verdrängen, auf diese Art etwas in die Öffentlichkeit zu zerlegen. Unsere Ansicht ist es nicht eine Forderungsbearbeitung zu führen; denn die Behörden werden wohl über die Gemütszustände und das Schicksal, schicksaliche Vorgehen jüngerer Frauen und Arbeiter gegenüber zu entscheiden haben. Dies unter letzter Wort Die trauernden Sellen sollte sich insbesondere die Krankenkasse vor Augen halten.
 Fr. Riemp.

Bezirk.
 27. Januar 1923.
 Ht
 schen nicht immer nach
 sich ein Votum bei ihm
 über kein sollte, daß ihm
 er sich freuen, daß Goll
 Hoppel.
 bringt die Militär. Volks-
 von Orlans“ zur Auf-
 um 1/7 Uhr, bei Beginn
 sch 1/2, Zutrittskommende
 den Bild eingewiesen werden.
 Morgen abend 1/8 Uhr
 „Das Korsett“ von Herm.
 Siders liegt in den Händen
 die Rollen teilen sich die
 sowie die Damen Salas
 und Kemmers.
 icht. Mittelstandsnotfälle
 insgesamt 76 178 937 .M
 angelieferten Lebens-
 waben von Stoffen vor
 das Gesamtergebnis auf
 mmlungen sind indesfer

erungsabkommen, das
 schließungsverträge be-
 zum Gegenstand hat. If

Mey's Stoffkragen mit Wäschestoff überzogen wieder lieferbar

Agrippin im Tropic
 Bequem für die Reise
 Keine Dauerväsche
 Nichtzähnd wie Baumwolle
 Dagegen gleich Leinwand
 Vorwäscher billiger als diese
 Keine Wasch- u. Kalkkosten

Nur echt
 in den Geschäften der G. W. Zaiser

Verkaufsstelle: 238
G. W. Zaiser, Nagold (Wittbg.)

Die Belegung des Ruhrgebietes durch die Franzosen

lenkt das Interesse weckender Kreise erneut auf den Vertrag von Versailles.

Eine billige und in Ausgabe, die eine gemeinsame Darstellung des Vertrags des Vertrages bietet ist vorrätig bei

G. W. Zaiser Nagold.

Aufklebadressen
 zu haben bei
 G. W. Zaiser, Buchbdlg.

245 Nagold, 27. Januar 1923

Statt jeder besonderen Anzeige.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Gattin, unsere gute, treue, sorgf. und ergeb. liebe Mutter:

Barbara Freythal
 geb. Weisser

nach kurzer Krankheit heute früh im Alter von 70 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet der trauernde Gatte:

Friedrich Freythal, Schreinermeister mit Kindern.

Beerdrung: Montag mittag 1 Uhr.

246 Wenden, den 28. Januar 1923.

Statt besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschick ging unsere liebe Mutter, Schwiegermutter Großmutter und Tante

Barbara Herr
 geb. Bäuerle

heute früh 1 Uhr im Alter von 64 Jahren in die himmlische Heimat ein.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag nachm. 2 Uhr statt.

Gebetbücher empfiehlt G. W. Zaiser, Nagold.

